



**HINWEISE DES SÄCHSISCHEN LANDESJUGENDAMTES ZUR UMSETZUNG
GESETZLICHER REGELUNGEN IM BEREICH DES NICHTRAUCHERSCHUTZES UND DES
JUGENDSCHUTZES IN EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE GEM. §§ 11 bis 14 SGB VIII
SOWIE §§ 27ff SGB VIII**

1. Was sind die aktuellen Entwicklungen in der Gesetzgebung zum Nichtraucherchutz?

Seit 01.09.2007 gilt das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossene *Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 20. Juli 2007*. Dieses beinhaltet unter anderem in Artikel 1 ein Gesetz zur Einführung eines Rauchverbotes in Einrichtungen des Bundes und öffentlichen Verkehrsmitteln (Bundesnichtraucherschutzgesetz) sowie eine Änderung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) in Artikel 3.

Der Landtag des Freistaates Sachsen hat darüber hinaus am 26.09.2007 das *Gesetz zum Schutz von Nichtrauchern im Freistaat Sachsen* (Sächsisches Nichtraucherchutzgesetz – SächsNSG) beschlossen, das weiterreichendere Regelungen enthält und am 01.02.2008 in Kraft tritt.

2. Welche wesentlichen Regelungen wurden mit der Einführung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 20. Juli 2007 beschlossen? Welche Regelungen dieses Gesetzes sind insbesondere für die Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII sowie §§ 27ff SGB VIII bedeutsam?

Neben dem bereits erwähnten Rauchverbot in Einrichtungen des Bundes sowie anderen, sich u.a. auf öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe erstreckenden Regelungen wurde die insbesondere im Rahmen von Jugendhilfe zu beachtende Novellierung des Jugendschutzgesetzes bezüglich der §§ 10, 28 JuSchG vorgenommen. Danach dürfen seit dem 01.09.2007 in Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit Tabakwaren an Kinder oder Jugendliche weder abgegeben noch darf ihnen das Rauchen gestattet werden. Dabei ist die Altersgrenze von 16 auf 18 Jahre heraufgesetzt worden. Zigarettenautomaten müssen spätestens zum 01.01.2009 so aufgestellt bzw. ausgestattet sein, dass Kinder und Jugendliche Zigaretten an Automaten nicht entnehmen können.

3. Welche Regelungen sieht das ab dem 01.02.2008 geltende Sächsische Nichtraucherchutzgesetz insbesondere für die Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII sowie §§ 27ff SGB VIII vor?

Ausdrückliche Zweckbestimmung des Sächsischen Nichtraucherchutzgesetzes (SächsNSG) ist der Schutz der menschlichen Gesundheit vor den Gefahren des Passivrauchens und darüber hinaus, den Tabakkonsum bei Kindern und Jugendlichen zu verringern.

Das Gesetz formuliert ein allgemeines Rauchverbot für alle sogenannten rauchfreien Einrichtungen, zu denen nach § 3 Abs. 2 Nr. 2b die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII zählen.

Das Gesetz weist diese unter dem Punkt Erziehungs- und Bildungseinrichtungen aus. Darüber hinaus werden unter Nr. 5 die Jugendherbergen separat benannt. Diese eigenständige Ausweisung erfolgte vor dem Hintergrund, dass diese nicht vordergründig einen erzieherischen und bildenden Ansatz verfolgen.

Unbeachtlich muss hingegen die Tatsache sein, ob es sich um erlaubnispflichtige oder erlaubnisfreie Einrichtungen gemäß § 45 SGB VIII handelt.

Das Rauchverbot erstreckt sich auf umschlossene Räume in Gebäuden einschließlich der dazugehörigen Nebeneinrichtungen wie Cafeterien, Werkstätten oder Lagerräume.

Bei Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII erstreckt es sich auch auf den umfriedeten Außenbereich.



Infolge der Abgrenzung in § 3 sind Jugendherbergen von dieser zusätzlichen Erweiterung ausgenommen.

Hier kann jedoch über die Hausordnung das Rauchen im Gelände entsprechend reglementiert werden.

Die in § 4 SächsNSG formulierten Ausnahmen vom allgemeinen Rauchverbot sind für die Kinder- und Jugendhilfe ohne Relevanz.

Die Verantwortung für die Umsetzung des Rauchverbotes liegt gemäß § 5 beim Inhaber des Hausrechtes und dessen Beauftragten.

Das SächsNSG fordert einen deutlichen sichtbaren Hinweis auf das Rauchverbot. Nach § 5 Abs. 3 hat der Verantwortliche bei Verstößen gegen das Rauchverbot das Rauchen zu unterbinden.

Kommt der Verantwortliche den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nach, kann dies eine Ordnungswidrigkeit darstellen, die mit einer Geldbuße bis zu 5.000 EUR geahndet werden kann.

4. In welcher Weise gelten diese gesetzlichen Regelungen für die unterschiedlichen Leistungsfelder der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit sowie Einrichtungen gem. § 34 SGB VIII?

Bezüglich des Geltungsbereiches von § 10 JuSchG für Einrichtungen der Jugendhilfe ist einrichtungsspezifisch zu klären, ob der Begriff der Öffentlichkeit auf die entsprechende Einrichtung einschließlich ihrer Räumlichkeiten und Außenanlagen zutrifft.

Dabei liegt dann Öffentlichkeit vor, wenn es sich um allgemein zugängliche Verkehrsflächen sowie unbeschränkt zugängliche Gebäude und Einrichtungen handelt.

Ebenso sind Veranstaltungen öffentlich, wenn es keinen abschließend bestimmten Teilnehmerkreis gibt und jedermann, der sich an die Bedingungen zum Eintritt hält, daran teilnehmen kann. (vgl. Nikles, Roll, Spürck, Umbach, Jugendschutzrecht, Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag, 2003, Seite 44 Rdn. 2 bis 4)

Bei Einrichtungen der offenen Jugendarbeit ist davon auszugehen, dass es sich hier um öffentlich zugängliche Einrichtungen handelt.

Schwieriger ist die Differenzierung dann, wenn sich Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Heimerziehung sowie des betreuten Wohnens gemäß § 34 SGB VIII aufhalten.

Hier ist es zur Untersetzung und gleichzeitig Abgrenzung des Begriffs der Öffentlichkeit erforderlich, auf die Betriebserlaubnis abzustellen. Einrichtungen, die einer solchen Erlaubnis bedürfen, verfügen über eine konkret vorgegebene Struktur hinsichtlich Teilnehmerkreis und Benutzbarkeit. Anders als bei der offenen Jugendarbeit ist die Benutzbarkeit der Einrichtung inklusive ihrer Außenanlagen reglementiert und nicht allgemein zugänglich. Es kann sich folglich auch nicht um Öffentlichkeit handeln, so dass hier die Regelungen des § 10 JuSchG nicht greifen.

Über das SächsNSG wird ab dem 01.02.2008 auch für diesen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ein umfassender Nichtraucherchutz installiert.

5. Welche Sanktionen sind nach JuSchG sowie SächsNSG vorgesehen?

Das Verbot in § 10 JuSchG richtet sich an *Veranstalter und Gewerbetreibende*. Ein Verstoß gegen die Vorschrift kann gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 12 und 13 JuSchG als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Nach § 28 Abs. 1 Nr. 12 JuSchG handelt ordnungswidrig, wer Tabakwaren abgibt oder das Rauchen gestattet.

Gestatten bedeutet in einer Lage, in der man eingreifen könnte, das Rauchen ausdrücklich zu erlauben, dieses passiv zu dulden oder zum Rauchen anzustiften. (vgl. Nikles, Roll, Spürck, Umbach, Jugendschutzrecht, Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag, 2003, Seite 75 Rdn. 7)



Darüber hinaus kann ein Verstoß gegen das Verbot in § 10 JuSchG gemäß § 27 Abs. 2 JuSchG eine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Unter bestimmten Voraussetzungen handelt ein *anderer Erwachsener* gemäß § 28 Abs. 4 JuSchG ordnungswidrig, so wenn er das Rauchen in der Öffentlichkeit z.B. durch Abgabe von Tabakwaren herbeiführt oder fördert.

Das SächsNSG sanktioniert als Ordnungswidrigkeit zum einen, wenn vorsätzlich oder fahrlässig in einer rauchfreien Einrichtung geraucht wird. Zum anderen ist eine Ordnungswidrigkeit dann gegeben, wenn Verantwortliche ihrer Pflicht zur Kennzeichnung des Rauchverbotes bzw. zum Unterbinden des Rauchens nicht nachkommen.

6. Welche Handlungsverpflichtungen ergeben sich über den unmittelbaren Verantwortungsbereich der jeweiligen Einrichtung hinaus für sozialpädagogische Mitarbeiter/-innen, wenn Kinder und Jugendliche außerhalb des Einrichtungsgeländes beim Rauchen beobachtet werden?

Handlungsverpflichtungen ergeben sich für die Mitarbeiter/-innen, wenn gegenüber den beim Rauchen beobachteten Kindern und Jugendlichen Aufsichtspflichten bestehen. Eine solche Rechtspflicht zum Handeln wird bei allen Personen anzunehmen sein, denen kraft Gesetzes oder Vereinbarung Erziehungsaufgaben zufallen (also insbesondere Personensorgeberechtigte oder erziehungsbeauftragte Personen) (vgl. Nikles, Roll, Spürck, Umbach, Jugendschutzrecht, Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag, 2003, Seite 183 Rdn 13). Dies muss anhand der konkreten Situation eingeschätzt werden.

7. Welche allgemeinen Handlungsempfehlungen können für Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII sowie §§ 27ff SGB VIII auf der Basis der neuen Gesetzeslage zum heutigen Zeitpunkt abgeleitet werden?

Zunächst obliegt es dem Träger im Rahmen seiner Gesamtverantwortung, seine Mitarbeiter/-innen über die geltenden gesetzlichen Standards und Rahmenbedingungen zu informieren und mit ihnen gemeinsam Strategien zur Gewährleistung des gesetzlichen Auftrags zu entwickeln. Die Regelungen des SächsNSG und damit das allgemeine Rauchverbot richten sich an alle, die sich in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII aufhalten und damit in gleichem Maße an die Mitarbeiter/-innen und Nutzer/-innen.

Dies muss der Träger entsprechend differenziert transparent machen.

Die Mitarbeiter/-innen müssen auf der Grundlage der jeweiligen arbeitsrechtlichen Möglichkeiten über die Umsetzung der neuen Gesetzeslage aufgeklärt werden. Es ist zu empfehlen, die Mitarbeiter/-innen zu belehren und diese Belehrung unterzeichnen zu lassen, um sie dann zur Personalakte zu nehmen. Möglich ist auch, die Umsetzung des SächsNSG über eine Dienstanweisung zu regeln.

Welcher Form sich der Träger bedient, liegt in seiner eigenen Hoheit. Er ist verpflichtet, zu gewährleisten, dass seine Mitarbeiter/-innen die maßgebenden gesetzlichen Grundlagen kennen und ihrer Arbeit zugrundelegen.

Für die Ebene der Nutzer/-innen müssen die Mitarbeiter/-innen in Einrichtungen der Jugendhilfe auf der Grundlage der mit dem Träger erarbeiteten Strategien und unter Berücksichtigung der Situation vor Ort sowie unter Beteiligung der Nutzer/-innen ihrer Räume verbindliche Hausregeln aufstellen und ausreichend transparent machen. Dies schließt die Information über die neuen Regelungen ein sowie die Pflicht, die Einhaltung der Vorschriften einzufordern und zu kontrollieren. Dabei handelt es sich um die Wahrnehmung des Hausrechtes.

Veranstalter und Verantwortliche, denen das Hausrecht zusteht, können bei Nichtbeachtung einen Verweis von der Veranstaltung oder aus der Einrichtung aussprechen (vgl. Nikles, Roll, Spürck, Umbach, Jugendschutzrecht, Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum



Jugendmedienschutzstaatsvertrag, 2003, Seite 76 Rdn. 10). Zu beachten ist dabei, dass nur den Polizei- bzw. Ordnungsbehörden das Recht zusteht, als Maßnahme der Gefahrenabwehr, den in der Öffentlichkeit rauchenden und unter das JuSchG fallenden Personen die Zigaretten abzunehmen.

Über die Regelungen im SächsNSG kommt dem Inhaber des Hausrechts bzw. seinen Beauftragten besondere Verantwortung zu. Er ist verpflichtet, das Rauchen zu untersagen, wenn gegen das Rauchverbot verstoßen wird. Es muss daher innerhalb der Trägerstruktur für die einzelnen Mitarbeiter/-innen in den Einrichtungen der Jugendhilfe klar sein, in welcher Funktion sie agieren und wie das Rauchverbot konkret umgesetzt wird.

Die Einführung der genannten Gesetzlichkeiten bezüglich des Nichtraucher- und Jugendschutzes verweist auf die Notwendigkeit, konzeptionelle Strategien im Umgang mit Drogen- und Suchtmittelkonsum in Ausführung des in § 1 Abs. 3 SGB VIII formulierten sozialpädagogischen Auftrages der Jugendhilfe zu entwickeln und zu vereinbaren.

Ansprechpersonen:

*Esther Anders, Ansprechpartnerin für Einrichtungen gem. §§11 bis 14 SGB VIII,
Tel.: 0371/ 577-316, Esther.Anders@slfs.sms.sachsen.de*

*Birgit.Heinisch, Ansprechpartnerin für Einrichtungen gem. §§ 27ff SGB VIII,
Tel.: 0371/577-368, Birgit.Heinisch@slfs.sms.sachsen.de*



Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales
Landesjugendamt
Reichsstr. 3
09112 Chemnitz

E-Mail: landesjugendamt@slfs.sms.sachsen.de

Web: www.slfs.sachsen.de/lja